

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
KOM-Nr.:	COM(2020) 825 final
BR-Drucksache:	BR-Drs. 96/21 und zu 96/21
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	MJEV / 152-556/2020-1615/2021
Zielsetzung:	Mit dem Verordnungsvorschlag sollen Verantwortlichkeiten und eine Rechenschaftspflicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, insbesondere Online-Plattformen wie soziale Medien und Marktplätze, festgelegt werden.
Wesentlicher Inhalt:	<p>Durch die Festlegung von Sorgfaltspflichten für bestimmte Vermittlungsdienste, einschließlich Melde- und Abhilfeverfahren für illegale Inhalte und der Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen über die Moderation von Inhalten anzufechten, soll der Vorschlag die Sicherheit der Nutzer im Internet in der gesamten Union und den Schutz ihrer Grundrechte verbessern.</p> <p>Darüber hinaus soll die Verpflichtung bestimmter Online-Plattformen, Informationen über Unternehmer, die ihre Dienste nutzen, zu erfassen, zu speichern, teilweise zu überprüfen und zu veröffentlichen, ein sichereres und transparenteres Online-Umfeld für die Verbraucher gewährleisten.</p> <p>Besondere Anforderungen sollen an sehr große Online-Plattformen gestellt werden.</p>
Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):	Keine Bedenken
Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?	keine
Zeitplan für die Behandlung: a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.	<p>a) Umfrage nach § 43 GO BR;</p> <p>Frist zur Einreichung von Anträgen oder abweichenden Voten für Rechtsausschuss: 9.3.2021</p>

	<p>Abschluss der Abstimmung im BR im Umfrageverfahren: 11.3.2021</p>
--	--

Fristablauf für die Subsidiaritätsstellungnahme bzw. sonstige
Stellungnahmen an Kommission: 7.4.2021